

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel: Einleitung	17
A. Fragestellung der Arbeit	17
B. Gang der Untersuchung	20
C. Zum Governance-Begriff	21
I. Enger und weiter Begriff von Governance	22
II. Bedenken gegenüber einer normativen Perspektive des Governance-Begriffs	23
III. Mehrwert des Governance-Begriffs	24
2. Kapitel: Rahmenbedingungen für Infrastrukturmärkte	25
A. Ökonomische Perspektive: Marktversagen als Begründung für die Intervention staatlicher Akteure	25
I. Natürliche Monopole	28
1. Voraussetzungen eines natürlichen Monopols	29
2. Folgen eines natürlichen Monopols	30
3. Funktionen staatlicher Eingriffe bei einem natürlichen Monopol	31
a) Preis- und Rentabilitätskontrolle	31
b) Marktzutrittsbeschränkungen	31
c) Kontrahierungszwang und Konditionenfestsetzung	32
d) Grundsätzliche Zweifel an der Erforderlichkeit staatlicher Eingriffe	33
II. Öffentliche Güter	35
III. Zusammenfassung	36
B. Gründe für staatliche Intervention jenseits von Fällen des Marktversagens: Intervention aus „meta-ökonomischen“ Motiven	37
I. Effizienz	37
II. Staatspolitische und militärische Ziele	39
III. Fiskalische Motive	42
IV. Verteilungsgerechtigkeit	43
C. Zusammenfassung: Gründe für die Intervention staatlicher Akteure	45
3. Kapitel: Darstellung der historischen Entwicklungen bei nationalen Regulierungsstrukturen	47
A. USA	47
I. Ausgangspunkt	47
II. AT&T's Streben nach einer Monopolposition	48
III. Communications Act 1934: Einführung einer sektorspezifischen Regulierung	50
1. Institutionelle Struktur der Regulierung	51
	9

2.	Regulierungspolitik der FCC	51
IV.	Öffnung der Telekommunikationsmärkte für den Wettbewerb	53
1.	Entflechtung von AT&T aufgrund eines Kartellrechtsverfahrens	54
2.	Communications Act 1996	55
V.	Zusammenfassung	57
B.	Großbritannien	58
I.	Ausgangspunkt	58
II.	Verstaatlichung des Telefonsystems in Folge des Telephone Transfer Act 1991	59
III.	British Telecommunications Act 1981 und Telecommunications Act 1984: Öffnung der Telekommunikationsmärkte für den Wettbewerb und Privatisierung des staatlichen Anbieters	60
IV.	Communications Act 2003	63
V.	Zusammenfassung	64
C.	Japan	65
I.	Ausgangspunkt	65
II.	Öffnung der Märkte	66
III.	Zusammenfassung	69
D.	Deutschland	69
I.	Ausgangspunkt	69
II.	Entwicklung in den beiden deutschen Staaten	71
III.	Öffnung der Märkte durch die Postreformen I–III	72
1.	Postreform I	72
2.	Postreform II	73
3.	Postreform III (TKG 1996)	76
4.	Änderungen durch das TKG 2004	78
IV.	Zusammenfassung	79
E.	Europäische Union: Vereinheitlichung der nationalen Regulierungsrahmen durch das Europarecht	80
4. Kapitel:	Zwischenergebnis – Auswertung der Rechtsrahmen für die Regulierung nationaler Telekommunikationsmärkte	87
A.	Erste Phase (bis ca. in die 1980er Jahre): Starke Stellung von staatlichen Akteuren	88
B.	Zweite Phase (seit ca. den 1980er Jahren): Rückzug staatlicher Akteure und gewandelte Formen von Staatlichkeit	92
I.	Gründe für die Veränderung der Präferenzen bei der Regulierung der Telekommunikation	93
1.	Ineffizienz der staatlichen Akteure bei der Bereitstellung der Telekommunikationsleistungen	94
2.	Technische Entwicklungen	96
a)	Differenzierung der Dienste	96
b)	Konvergenz der Übertragungsmedien	97

3.	Veränderte Bewertung der Telekommunikationsmärkte aus ökonomischer Sicht	97
a)	Veränderte Kostenstrukturen auf den Telekommunikationsmärkten	98
b)	Veränderte Abgrenzung der zu regulierenden Marktbereiche	99
c)	Geänderte wettbewerbliche Zielvorstellungen	100
4.	Defizite bei den öffentlichen Haushalten	101
5.	Fazit	101
II.	Neue rechtliche Strukturen für nationale Telekommunikationssektoren	102
1.	Deregulierung	103
a)	Ländervergleich	104
b)	Fazit	106
c)	Ausstrahlungswirkung durch das Welthandelsrecht	106
2.	Privatisierung	109
3.	Re-Regulierung	111
a)	Verfolgung von ökonomischen Zielen	112
b)	Verfolgung von Gemeinwohlzielen	120
c)	Ähnliche institutionelle Konfiguration	124
C.	Zusammenfassung des Zwischenergebnisses	128
D.	Schlussfolgerung aus den gegenwärtigen Regulierungsstrukturen: Gewährleistung als Paradigma für staatliche Aktivitäten	131
E.	Ausblick auf den weiteren Gang der Untersuchung	136
5. Kapitel:	INTELSAT – Entwicklung eines globalen Telekommunikationssystems	137
A.	Technische und wirtschaftliche Eigenheiten der Telekommunikation per Satellit	137
B.	Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen	139
I.	COMSAT	139
II.	Interimsvereinbarung im Jahr 1964	142
1.	Vertragsstruktur	144
2.	Die Interimsorganisation	145
3.	Bewertung	146
III.	Wachstum des Satellitensystems	146
IV.	<i>Definitive Agreements</i> aus dem Jahr 1971: Errichtung der endgültigen institutionellen Strukturen	149
1.	Ausgestaltung der endgültigen Organisationsstrukturen	150
a)	Versammlung der Vertragsparteien	150
b)	Versammlung der Unterzeichner	151
c)	Gouverneursrat	152
d)	Generaldirektor	154
2.	Regelungen zum Betrieb des Systems	154
a)	Finanzierung des Systems und Berücksichtigung öffentlicher Interessen beim Betrieb des Systems	154
b)	Verbot konkurrierender Systeme	156

V.	Wachsender Druck zur Veränderung der Governancestrukturen	158
1.	Konkurrenz für das INTELSAT-System	158
a)	Substitutionskonkurrenz durch Glasfaserkabel	158
b)	Konkurrenz durch regionale Anbieter und Anbieter in neuen Geschäftsbereichen	160
2.	Initiativen von INTELSAT-Mitgliedsstaaten zur Transformation der internationalen Organisation	161
a)	Europäische Kommission	161
b)	USA	162
3.	Erste Änderungen bei INTELSAT	165
a)	Direkter Zugang für Nicht-Unterzeichner zum Weltraumsegment	165
b)	Lockerung der Koordinationserfordernisse	166
c)	Ausgliederung der New Skies Satellites N. V., Anfänge der Privatisierung	166
VI.	Umfassende Änderung der Governancestrukturen	167
1.	Neue organisatorische Strukturen	168
a)	<i>International Telecommunications Satellite Organization (ITSO)</i>	168
b)	Intelsat Ltd.	170
2.	Das <i>Public Services Agreement (PSA)</i>	170
a)	Aufrechterhaltung der globalen Versorgung mit Übertragungsdiensten	171
b)	Versorgung der <i>Lifeline Connectivity Customers</i>	171
c)	Gewährung eines nicht-diskriminierenden Zugangs zu den Telekommunikationsdienstleistungen des Satellitensystems	172
C.	Zusammenfassung und Bewertung	173
6. Kapitel:	Inmarsat	179
7. Kapitel:	ICANN	183
A.	Aufbau der Infrastruktur	184
I.	Dezentraler Aufbau des Netzwerks	184
II.	Die <i>packet switching</i> -Methode	185
III.	Zentralisierung wichtiger Funktionen	185
1.	Technische Standards	186
2.	Vergabe der IP-Adressen	186
3.	<i>Domain Name System (DNS)</i>	186
4.	Implikationen der Zentralisierung wichtiger Funktionen im Internet für die Governancestrukturen	189
B.	Entwicklung der Governance- und Regulierungsstrukturen in dem Projekt	190
I.	Der Ursprung des Internets: Das ARPANET	191

II.	Weiterentwicklung des ARPANETs in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und Anfang der 1980er Jahre	194
III.	Kommerzialisierung und Öffnung des Internets ab Ende der 1980er Jahre	196
IV.	Das Internet rückt in das Zentrum politischen Handelns (ab Anfang der 1990er Jahre)	197
	1. Übergabe der Verwaltung von den Selbstverwaltungsorganisationen an ein privates Unternehmen	198
	2. Das IAHC und das <i>generic Top Level Domain Memorandum of Understanding</i> (gTLD-MoU)	198
	a) Beteiligte	198
	b) Inhalt des gTLD-MoU	199
	c) Reaktionen auf das gTLD-MoU	200
V.	Eingreifen anderer Regierungen in den Institutionalisierungsprozess	201
	1. „A Framework for Global Electronic Commerce“ – Erste Vorstellungen der US-Regierung zur zukünftigen Internet-Governance	201
	2. Das Grünbuch der Regierung der USA	202
	3. Reaktionen auf das Grünbuch	204
	4. Das Weißbuch der US-Regierung	206
	5. Reaktionen auf das Weißbuch	208
	6. Institutionenbildungsprozess im Anschluss an das Weißbuch	208
VI.	Geburt der gegenwärtigen Governancestruktur: ICANN als neues Regulierungsmodell für das Internet	208
	1. Rechtsnatur von ICANN	209
	2. Aufgaben von ICANN	209
	3. Vertragsrechtliche Strukturen zur Durchsetzung von ICANNs Entscheidungen	210
	4. Aufbau von ICANN: ICANNs Organisationsstruktur in der ursprünglichen Fassung („ICANN 1.0“)	211
	a) Das Board und die <i>At Large</i> -Wahlen	212
	b) Das <i>Governmental Advisory Committee</i> (GAC)	214
	5. Reform von ICANN: Etablierung von „ICANN 2.0“	214
	a) Reformvorschläge des ICANN-Präsidenten	215
	b) Reformvorschläge des ERC	217
	c) Umsetzung der Reformvorschläge	218
	6. Übergabe der vollständigen Kontrolle über die Bestandteile des DNS erfolgt nicht	220
	7. Weltinformationsgipfel und Bericht der <i>Working Group on Internet Governance</i>	220
	a) Grundprinzipien der zukünftigen Organisation	221
	b) Vorgeschlagene Modelle	221
	c) Fehlgeschlagene Einigung	223
	8. Neue Position der US-Regierung im Jahr 2005 und Verlängerung des MoU am 29. September 2006	224
C.	Zusammenfassung und Bewertung	225

8. Kapitel: Das europäische Satellitennavigationssystem Galileo	231
A. Einführung in die technischen Grundlagen	231
B. Das europäische Galileo-Projekt	231
I. Vorarbeiten zum Aufbau eines europäischen Satellitennavigationssystems	232
II. Einrichtung des gemeinsamen Unternehmens Galileo durch die Verordnung 876/2002	235
III. Einrichtung der Verwaltungsorgane für den dauerhaften Betrieb des Galileo-Projektes durch die Verordnung 1321/2004	237
IV. Ausschreibung des Betreibers	238
C. Zusammenfassung	240
9. Kapitel: Abschließende Bewertung	241
A. Bewertung der Governance- und Regulierungsstrukturen auf nationalen Telekommunikationsmärkten	241
B. Bewertung der Governance- und Regulierungsstrukturen bei den untersuchten internationalen Infrastrukturprojekten	246
I. Dominanz staatlicher Akteure	246
II. Öffnung der Märkte, Durchsetzung neuer Governance- und Regulierungsstrukturen	248
1. Entwicklungen bei den Governancestrukturen bei INTELSAT und Inmarsat	248
2. Entwicklung bei ICANN	250
3. Schaffung von Wettbewerb durch die neuen Regulierungsstrukturen	251
4. Netzzugang	252
5. Berücksichtigung von infrastrukturpolitischen Zielen in den neuen Regulierungsstrukturen	253
6. Formelle Organisation der Regulierung	258
C. Zusammenfassendes Fazit	258
Literaturverzeichnis	261
Rechtsdokumente und andere offizielle Stellungnahmen	277